

Regionale Demokratieförderung? ECOWAs und SADC, Gambia und Simbabwe im Vergleich

Am Samstagabend, dem 21.01.2017, hat Yahya Jammeh Gambia verlassen und somit den Weg für die erste demokratische Transition in der Geschichte dieses Landes möglich gemacht. Mit Jammehs Exil endet eine politische Krise, die mit seiner Weigerung begann, den Sieg des Kandidaten eines oppositionellen Bündnisses bei den Präsidentschaftswahlen von Dezember 2016 anzuerkennen. Jammehs Abgang geschah nicht freiwillig. Er war international isoliert, wurde verlassen von einigen seiner engsten MitarbeiterInnen und, seit dem offiziellen Ende seiner Amtszeit, auch von den Sicherheitskräften. Aber ausschlaggebend für sein Nachgeben war letztendlich die geplante Militäroperation der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAs), deren Truppen bereits an der senegalesisch-gambischen Grenze standen. Diese Entschlossenheit Westafrikas hat eine Debatte im Südlichen Afrika ausgelöst: warum hat die Region nicht das Gleiche gemacht, als 2008 Robert Mugabe offensichtlich die Präsidentschaftswahl verlor und die Veröffentlichung der Ergebnisse stoppte, bis diese zu seinen Gunsten manipuliert werden konnten? Diese Frage stellten sich viele Leute in den sozialen Medien. Es war die simbabwische Anwältin und Menschenrechtsaktivistin Fadzayi Mahere, die mit dem folgenden Eintrag auf Twitter den Anfang machte: „We need an ECOWAS in Southern Africa: neighbours who care and insist on the right thing being done on principle.“¹

Angestoßen durch diesen Beitrag ist eine lebendige Diskussion entstanden, die zunächst danach fragt, ob die Situationen in beiden Ländern überhaupt miteinander vergleichbar sind.

Als erstes gilt es festzuhalten, dass die politische Landschaft im Südlichen Afrika anders ist als in Westafrika. Viele Länder in Westafrika haben in den letzten Jahren einen Wechsel der Regierungsparteien erlebt. Dies ist beispielsweise in Nigeria, im Senegal, in Ghana, Benin und in der Elfenbeinküste der Fall gewesen. Anders als Westafrika wird das Südliche Afrika seit der Unabhängigkeit von ehemaligen Befreiungsbewegungen oder Unabhängigkeitsparteien regiert. In Angola, Mosambik, Südafrika und Namibia regieren ehemalige Befreiungsbewegungen und in Botswana und Tansania sind immer noch die Parteien an der Macht, die diese beiden Länder in die Unabhängigkeit führten. Erfahrungen mit wechselnden Regierungsparteien, wie in Sambia oder Malawi, sind im Südlichen Afrika eher eine Ausnahme. Während die politische Landschaft Westafrikas viel Platz für Zweckbünd-

¹ <http://mg.co.za/article/2017-01-21-so-how-did-mugabe-get-away-with-it-zimbabweans-look-to-the-gambia-with-envy/>

nisse und wechselnde Loyalitäten bietet, ist die Konstellation des Südlichen Afrikas durch eine Treue gekennzeichnet, welche in den historischen Beziehungen der Befreiungsbewegungen zueinander ihre Begründung findet.

Weil die gleichen Personen während des Befreiungskampfs miteinander zu tun hatten und noch immer in Beziehung stehen, tun sich die politischen Kräfte im Südlichen Afrika schwer, sich angesichts negativer Entwicklungen voneinander zu distanzieren. Einzig Botswana bildet in dieser Hinsicht mit einer klaren Kritik am Mugabe-Regime eine Ausnahme. In Südafrika beispielsweise ist die Dankbarkeit gegenüber Mugabe und was Simbabwe unter seiner Federführung für die Befreiung Südafrikas geleistet hat sehr verbreitet. Während Mugabe, auch aufgrund seiner anti-imperialistischen Rhetorik nach wie vor einen Heldenstatus genießt, wurde Yahya Jammeh, der auch eine anti-imperialistische Rhetorik zu pflegen weiß, als Gefahr für die Region wahrgenommen. Unterstrichen wurde vor allem seine Rolle als Unterstützer einer Rebellengruppe, die für die Abspaltung der senegalesischen Provinz Casamance kämpft. Während Jammeh als impulsiv und unberechenbar beschrieben wird, wird Mugabe nachgesagt, er sei sehr intelligent und in seinem Auftreten britischer als die Briten selbst. Aber grundsätzlich ist es seine Reputation als „Revolutionär“ in der Region, die erklärt, warum 2008 Südafrika im Namen der SADC davon absah, Simbabwe unter Druck zu setzen. Stattdessen verfolgt Südafrika eine „stille Diplomatie“ als Strategie zur Lösung der simbabwischen Krise. Diese rettete quasi das Mugabe-Regime, indem die SADC ihm erlaubte, die Macht mit der MDC zu teilen, welche die Wahl eigentlich gewonnen hatte. Diese stille Diplomatie wird im Lichte von ECOWAS' Intervention in Gambia als ‚Streicheinheit‘ denunziert: „SADC must use Ecowas solution on leaders refusing the will of the people. No more massaging despotic egos in the name of brotherhood“², so Sure Kamhunga aus Simbabwe auf Twitter. Selbst Julius Malema, Vorsitzender der südafrikanischen oppositionellen Partei Economic Freedom Fighters (EFF), fordert heute im Lichte der Entwicklungen in Gambia und Westafrika Mugabe auf, endlich aufzugeben: „Präsident Mugabe muss gehen. Wir sind stolz auf seine Leistung, aber er ist viel zu lange an der Macht. Er schadet der Revolution, er zerstört sein eigenes Vermächtnis. Wir sagen dies aus Liebe für ihn und nicht aus Hass. Wir honorieren ihn. Aber, Großvater, es ist genug jetzt.“³ Dass sich Julius Malema, der vor kurzem noch behauptete, dass Mugabe die einzige Lösung zur simbabwischen Krise ist, so weit aus dem Fenster lehnt, zeigt, dass das entschiedene Handeln der ECOWAs auch im Südlichen Afrika Wirkung zeigt. Es beweist, dass es andere Interventionsmöglichkeiten gibt als die Komplizenschaft, die viele afrikanische Regionen gegenüber derer

² <http://mg.co.za/article/2017-01-21-so-how-did-mugabe-get-away-with-it-zimbabweans-look-to-the-gambia-with-envy/>

³ <http://www.rfi.fr/afrique/20170123-afrique-sud-malema-demande-le-depart-president-zimbabween-mugabe>

an den Tag gelegt haben, die sich an die Macht klammern. Burundi, Kongo-Brazzaville, Kongo-Kinshasa, Gabun sind nur einige der Beispiele. Die entscheidende Frage ist, ob eine Militäroperation, wie Westafrika sie in die Wege geleitet hat, gegen Simbabwe vor acht Jahren auch möglich gewesen wäre?

Es gilt zunächst fest zu halten, dass die ECOWAs den Eingriff mit der Entscheidung der Wahlkommission in Gambia legitimiert. Die Situation war eindeutig, daraus hat die ECOWAS die Notwendigkeit der Verteidigung der Demokratie abgeleitet, welche später vom UN-Sicherheitsrat abgesegnet wurde. In Simbabwe ließ sich die Wahlkommission von der ZANU-PF einschüchtern. Sie zögerte die Wahlergebnisse hinaus, bis diese zugunsten von Mugabe manipuliert wurden. Die Endergebnisse machten eine Stichwahl notwendig, auf welche die Opposition, aufgrund der Gewalt gegenüber ihren AnhängerInnen, verzichtete. So gewann letztendlich Mugabe, ohne dabei die etablierten demokratischen Instrumente auszusetzen. Die SADC hätte intervenieren können, um eine Neuauszählung der Stimmen des ersten Wahlgangs zu bewirken oder für ein Ende der Gewalt und einen friedlichen Verlauf der Stichwahl zu sorgen. Eine Militäroperation war nicht nur politisch nicht gewollt, sondern auch juristisch schwer zu begründen. Auch wenn die SADC-Länder so eine Militäroperation gewollt hätten, hätte ein wichtiger Faktor dagegengesprochen: anders als Gambia, verfügt Simbabwe über eine robuste und kampferprobte Armee. Dies wurde u.a. in der DR Kongo im Kampf gegen Ruanda und Uganda unter Beweis gestellt. Anders als in Gambia, wo sich die Sicherheitskräfte schnell von Yahya Jammeh distanziert und somit ein Blutbad verhindert haben, hätten die simbabwischen Sicherheitskräfte das Regime verteidigt. Mugabe's Regime bleibt ein Militärregime. Nicht Mugabe kontrolliert das Militär, sondern das Militär bestimmt, wie die Dinge zu laufen haben. Dies war besonders in dieser entscheidenden Phase zwischen den beiden Wahlgängen in 2008 deutlich zu spüren. Auf eine Konfrontation mit dem simbabwischen Militär war damals in der SADC keiner vorbereitet, geschweige denn dafür bereit. Dies würde auch heute nicht passieren.

Angesichts der hier thematisierten Unmöglichkeit einer Militäroperation in Simbabwe zu damaligen Zeiten, scheint die von der SADC adoptierte diplomatische und politische Flankierung der Intervention die richtige gewesen zu sein. Die von Südafrika mitgetragene „Hidden-Agenda“, geprägt durch die Solidarität der Befreiungsbewegungen untereinander scheint der gesamten Mission der SADC einen Bärendienst erwiesen zu haben. Sie hat dazu beigetragen, der ZANU-PF durch eine dominante Beteiligung an der Regierung der Nationalen Einheit neues Leben einzuhauchen, ohne dabei für die Gestaltung von Rahmenbedingungen zu sorgen, die Simbabwe hätten ermöglichen können, eine partizipative Demokratie in Gang zu setzen, um aus der Krise gestärkt hervorzugehen. Hätte die SADC die simbabwische Krise genutzt, um langfristige Interessen Simbabwes selbst und der Region durchzusetzen, hätten die Wahlen 2011 mehr hervorgebracht als eine Verlängerung der Krise und mögli-

cherweise würde niemand heute den Wahlen 2018 mit Angst entgegenblicken. Die SADC hat eine Gelegenheit verpasst, Simbabwe Zukunft in die richtigen Bahnen zu lenken. Auch die ECOWAs muss zeigen, dass sie in Gambia mehr erreichen kann als den Weggang von Jammeh. Aber was sie jetzt schon erreicht hat, ist erkennbar und sollte die SADC dazu inspirieren, die politische Loyalität im Sinne der langfristigen Interessen der Region zu überprüfen.